

## Synopse

### Umsetzung OECD-Mindestbesteuerung

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (SGS Nummern)

Neu: –  
Geändert: 185 | **331**  
Aufgehoben: –

Geltendes Recht	Parlamentarische Beratung
	<b>Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz)</b>
	<i>Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft,</i>  gestützt auf Art. 197 Ziff. 15 Abs. 6 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 <sup>1)</sup> und § 63 Abs. 1 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984 <sup>2)</sup> ,  <i>beschliesst:</i>
	<b>I.</b>
	Der Erlass SGS <a href="#">331</a> , Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) vom 7. Februar 1974 (Stand 1. Januar 2023), wird wie folgt geändert:
	<b>§ 209</b> XX. Anteil der Einwohnergemeinden an der Ergänzungssteuer des Bundes  <sup>1</sup> Die angemessene Berücksichtigung der Einwohnergemeinden am Rohertrag der Ergänzungssteuer des Bundes aufgrund der Mindestbesteuerung grosser multinationaler Unternehmensgruppen im Sinne von Art. 197 Ziff. 15 Abs. 6 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 <sup>3)</sup> wird gemäss den Abs. 2–4 vorgenommen.

<sup>1)</sup> [SR 101](#)

<sup>2)</sup> [SGS 100](#)

<sup>3)</sup> [SR 101](#)

Geltendes Recht	Parlamentarische Beratung
	<p><sup>2</sup> Vom vereinnahmten Kantonsanteil am Rohertrag aus der Ergänzungssteuer des Bundes überweist der Kanton den zu berücksichtigenden Einwohnergemeinden jeweils 35 %.</p> <p><sup>3</sup> Zu berücksichtigen gemäss Abs. 2 sind jene Einwohnergemeinden, sofern ihnen Geschäftseinheiten gemäss Art. 3 der eidgenössischen Verordnung vom 22. Dezember 2023 über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (Mindestbesteuerungsverordnung, MindStV)<sup>4)</sup> steuerlich zugehörig sind und diese eine Ergänzungssteuer gemäss Abs. 1 getragen haben (Standortgemeinden).</p> <p><sup>4</sup> Die Auszahlung an die zu berücksichtigenden Einwohnergemeinden erfolgt jeweils jährlich.</p>
	<b>II.</b>
	Der Erlass SGS <a href="#">185</a> , Finanzausgleichsgesetz (FAG) vom 25. Juni 2009 (Stand 12. September 2023), wird wie folgt geändert:
<p><b>§ 4</b> Definitionen</p> <p><sup>1</sup> Der fiktive Einkommenssteuerfuss ist die Summe der Einkommenssteuererträge der Einwohnergemeinden geteilt durch die Summe ihrer auf 100 % hochgerechneten Einkommenssteuererträge.</p> <p><sup>2</sup> Der fiktive Vermögenssteuerfuss sowie die fiktiven Ertrags- und Kapitalsteuersätze sind analog zum fiktiven Einkommenssteuerfuss definiert.</p> <p><sup>3</sup> Die Steuerkraft einer Einwohnergemeinde ist die Summe ihrer mit den fiktiven Steuerfüssen und -sätzen umgerechneten Steuererträge geteilt durch ihre Einwohnerzahl.</p> <p><sup>4</sup> ...</p>	<p><sup>2</sup> Der fiktive Vermögenssteuerfuss sowie die fiktiven Ertrags- und <del>Kapitalsteuersätze</del><u>Kapitalsteuerfüsse</u> sind analog zum fiktiven Einkommenssteuerfuss definiert.</p> <p><sup>3</sup> Die Steuerkraft einer Einwohnergemeinde ist die Summe ihrer mit den fiktiven Steuerfüssen und <del>-sätzen</del> umgerechneten Steuererträge <u>zuzüglich des Anteils an der Ergänzungssteuer gemäss § 209 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz)</u><sup>5)</sup> geteilt durch ihre Einwohnerzahl.</p>

<sup>4)</sup> [SR 642.161](#)

<sup>5)</sup> [SGS 331](#)

Geltendes Recht	Parlamentarische Beratung
	<b>III.</b>
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	<b>IV.</b>
	Diese Änderung tritt am 1. Januar 2027 in Kraft.  Liestal, Im Namen des Landrats der Präsident: Tschudin die Landschreiberin: Heer Dietrich